

Reino-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelder Zeitung.

65. Jahrgang

Verlagsort: Bocholt.
Vertriebsort: Dortmund.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Amtesliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.

Hauptvertriebsstelle: Bocholt, Marktstraße 14. Fernsprecher 3054/55.

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2.20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2.52 Mk. — Einzel-Sammel-Angebote: 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite, Stellschraube 6 Pfg., Klebpreis (Textbreite) 80 Pfg. je Millimeter.

Nummer 273

Donnerstag, den 4. Oktober 1934

Jahrgang 1934

Um Frankreichs Verfassungsreform.

Von unserem Pariser Korrespondenten.

R. H. Paris, Anfang Oktober.

Im Mittelpunkt der französischen Innenpolitik steht die in der Rundfunkrede des Ministerpräsidenten Doumergue in ihren Grundzügen angekündigte Verfassungsreform. Die Rundfunkrede des Ministerpräsidenten hat allerdings zur Klärung und Beruhigung der gespannten innerpolitischen Lage keineswegs beigetragen. Bei der Erörterung der Reformen sind die alten Streitigkeiten wieder aufgelebt. Von allen Seiten regnet es Vorwürfe, Zustimmung und Proteste, kurz, die Spannung unter den politischen Parteien ist augenblicklich stärker denn je. Das hat gewiss nicht in der Absicht des Ministerpräsidenten gelegen, der im Gegenteil wohl die entgegengesetzte Wirkung erwartet haben dürfte. Sogar die Radikal-Sozialisten, die beifolgend im Kabinett der nationalen Union vertreten sind, haben die Reformvorschlüsse des Regierungschefs mit kühlender Reserve aufgenommen.

Was will eigentlich Doumergue? Wir fassen kurz noch einmal die Hauptpunkte seines Planes zusammen. Zunächst sollen die Machtbefugnisse des Ministerpräsidenten nach dem Vorbild des englischen Premierministers verknüpft und in der Verfassung festgelegt werden. Es soll ihm bei einem Misstrauensvotum des Parlamentes das Recht zugesprochen werden, die Kammer aufzulösen. Heute kann die Kammer nur durch den Präsidenten der Republik mit dem Einverständnis des Senates aufgelöst werden. Seit dem unglücklichen Versuch von 1877 hat aber kein Staatschef mehr von diesem Rechte Gebrauch gemacht. Weiter fordert Doumergue, daß nur die Regierung das Initiativrecht für Urträge von Ausgaben haben soll, die über den Staatshaushaltplan hinausgehen. Damit soll der verschwenderischen Finanzwirtschaft der Abgeordneten ein Riegel vorgeschoben werden. Endlich handelt es sich um die Einführung eines Beamtenstatus, wonach die Rechte und Pflichten der staatlichen Beamten in der Verfassung festgelegt werden. Praktisch würden damit sämtliche Staatsbeamten dem verheerenden Einfluß der marxistischen Gewerkschaftsführer entzogen werden.

Zur Durchführung dieser Reformvorschlüsse ist der Zustimmung der von der Kammer und dem Senat gebildeten Nationalversammlung in Versailles notwendig. Doumergue hat aber bis heute noch keinen Termin dafür angegeben. Doch dürfte die Nationalversammlung wegen der noch zu erledigenden Debatte über den Staatshaushalt wohl kaum vor Ende dieses Jahres zusammentreten.

Die Reformpläne haben in Frankreich viel Staub aufgewirbelt und Anlaß zu vielen, heftigen Diskussionen und Auseinandersetzungen gegeben. Die Bogen der politischen Leidenschaften drohen wieder das Land zu überfluten. Während die Rechten Parteien sehr lebhaft für die baldige Einberufung der Nationalversammlung plädieren, mobilisieren die marxistischen Führer die Arbeitermassen und Gewerkschaften. Auf die zum großen Teil nach links hin tendierenden Beamtenorganisationen hat die geplante Einführung eines Statutes geradezu alarmierend gewirkt. „Die Freiheiten von 1789 sind in Gefahr. Die Rechte der Arbeiter werden mit Füßen getreten. Der Faschismus ist im Anmarsch. Doumergue provoziert das französische Volk.“ Mit diesen Schlagworten hat die Einheitsfront der Kommunisten und Sozialisten den verstärkten Kampf gegen die Regierung aufgenommen. Von Mitte Oktober an sind in Paris und in sämtlichen großen Städten der Provinz Massenversammlungen angekündigt, in denen gegen den Plan Doumergues Stellung genommen werden soll. Der Führer der Sozialisten, der reiche Pariser Rechtsanwalt Leon Blum, eröffnete schon die Kampagne mit einer Reihe von kleineren Versammlungen in der Provinz, um, wie es in seinem Blatt, dem „Populaire“, in großen Schlagzeilen wörtlich heißt, den Provokationen des Ministerpräsidenten die gebührende Antwort zu erteilen. Die gesteigerte Aktivität der Marxisten kommt der Regierung im Hinblick auf die in der nächsten und übernächsten Woche stattfindenden Kantonalwahlen ungelegen, wenn auch die Ergebnisse dieser Wahlen für sie selbst ohne ausschlaggebende Bedeutung sind.

Ueberraschend ist, daß die Reformen Doumergues zur Befriedigung der parlamentarischen Verhältnisse selbst bei den Parteien, die in der nationalen Union vertreten sind, mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden sind. Um so unverständlicher erscheint diese Tatsache, als gerade der nicht im marxistischen Lager stehende Teil des Volkes nach dem 6. Februar eine gründliche Ueberholung der so umständlich und mit viel Verlaufs arbeitenden Parlamentsmaschine forderte. Aber der alte Parteigeist blüht heute wieder stärker denn je; und über die schönen unter dem Druck der Straße gegebenen Versprechungen scheint man jetzt leise den Mantel des Vergessens breiten zu wollen. Man betrachtet mit wenigen Ausnahmen die Reform nur noch aus der engen Parteiperspektive. Gegenüber den Reformvorschlüssen Doumergues sind am kritischsten von den Regierungsparteien, wie nicht anders zu er-

warten war, die Radikal-Sozialisten. In ihren Reihen macht man Doumergue vor allem zum Vorwurf, daß er über den Plänen zur Aenderung der Verfassung die viel wichtigere Wirtschaftsreform vergessen habe. Die Landestagung der Radikal-Sozialisten in Nantes wird sich zweifellos mit der Staatsreform beschäftigen. Angesichts der zwiespältigen Haltung verschiedener Abgeordneter sind stürmische Auseinandersetzungen zu

Die Kabinettsumbildung in Rumänien.

Doch noch mit Titulescu?

DBN Bukarest, 3. Oktober.

Die Regierungskrise ist, wie wir gestern kurz mitteilten, verhältnismäßig sehr schnell beendet worden. Die neue Ministerliste ist folgende:

Ministerpräsident, vorläufiger Außenminister und Rüstungsminister: Tataru, Unterrichts: Dr. Angelescu, Inneres: Inculeci, Verkehr: Brancu, Justiz: General Angelescu, Industrie und Handel: Manolescu Strunga, Zucht: Victor Antonescu, Finanz: Slavescu, Gesundheit: Dr. Costinescu, Ackerbau: Sassi, Arbeit: Nikor, Kultus: Lapadatu, Propaganda: Samanji, Minister ohne Portfeuille: Valer Pop.

Die Ministerliste weist nicht jene großen Änderungen auf, die man ursprünglich erwartet hatte. Offensichtlich hat Titulescu radikale Änderungen gegenüber dem alten Kabinett verhindert. Tataru, der seinen Zweifels-Krieg gegen die ältere Gruppe der Liberalen Partei und gegen Titulescu führen konnte, hat sich daher

mit einer teilweisen Umbildung seines Kabinetts begnügen müssen.

Ueber die Haltung Titulescus erklärte Tataru, Titulescu habe im Laufe eines Ferngesprächs grundsätzlich das Außenministerium angenommen. Titulescu freunde versichern dagegen, daß Titulescu nach wie vor sich weigere, dem Kabinett beizutreten.

Bemerkenswert an der neuen Zusammensetzung des Kabinetts ist die Schaffung des Ministeriums für Propaganda. Ferner ist noch besonders zu erwähnen, daß die aktiven Mitglieder der Jungliberalen mit Unterstaatssekretariaten betraut wurden.

Ministerpräsident Tataru gab am Mittwoch Pressevertretern gegenüber Erklärungen über die Kabinettsbildung und über die von der neuen Regierung zu verfolgende Politik ab. Er erklärte u. a.: Die Regierung in ihrer jetzigen Gestalt werde das Programm reiflos erfüllen, das die Billigung der Krone und des Landes gefunden

habe. Dieses Programm laufe im Innern auf eine Politik der Befriedung und auf Erhaltung der Ordnung sowie auf einen Wiederaufbau hinaus. Was die Außenpolitik anlangt, so beschäufte das Programm eine Erhaltung aller Bündnisse und Freundschaften.

eine ständige Festigung des unbedingten Zusammenhalts der Staaten der Kleinen Entente und eine immer engere Zusammenarbeit mit Frankreich, mit dem Rumänien durch die Traditionen von gestern und den Lebensinteressen von heute verbunden sei.

Die Regierung in ihrer neuen Gestalt zeichne sich dadurch aus, daß an ihr die jüngere Generation beteiligt sei.

Was die Zusammenarbeit mit Titulescu anlangt, so habe Titulescu im Prinzip den Vorschlag angenommen, die Führung des Außenministeriums zu übernehmen. Titulescu habe bereits mitgeteilt, daß er auf dem Wege nach Bukarest sei. Bei seiner Ankunft würden dann die Bedingungen einer Zusammenarbeit erörtert werden.

Französische Hoffnungen.

(I) Paris, 3. Oktober.

In politischen Kreisen herrscht man in Frankreich, daß Titulescu nicht als endgültig anzusehen sei und hofft, daß eine Aussprache mit Tataru es Titulescu erlauben würde, der außenpolitische Schiedsrichter Rumäniens zu bleiben.

In amtlichen französischen Kreisen, schreibt der „Eclair“, sei man angenehm berührt, zu erfahren, daß auf Anregung König Carol Tataru und Titulescu zwei-fellos eine Zusammenarbeit wieder aufnehmen würden, die notwendig sei denn je in einem Augenblick, in dem Verhandlungen von größter Bedeutung für die Festigung des Friedens in Mittel- und Osteuropa begannen. Die Verträge, die in die kleine Entente zu tragen, würden somit durch den Klarblick und die Energie des rumänischen Herrschers durchkreuzt.

Auch der Außenminister des „Eclair de Paris“ erwartet, daß es Titulescu gelingen werde, mindestens für einige Monate die außenpolitische Leitung seines Landes wieder zu übernehmen, was um so begrüßenswerter wäre, als die allgemeine diplomatische Lage keineswegs erfreulich sei.

Schwere Zuchthausstrafen gegen Schuldlinge des Winterhilfswerkes.

DNB Göttingen, 3. Oktober.

Das Göttinger Schwurgericht verurteilte dieser Tage nach mehrtägiger Verhandlung den früheren Kreisamtsleiter der NSB, Hagemann, zu sechs Jahren Zuchthaus, 200 Reichsmark Geldstrafe und zehn Jahren Ehrverlust, den früheren politischen Kreisleiter Riens zu drei Jahren drei Monaten Zuchthaus, 200 Reichsmark Geldstrafe und den früheren Propagandaleiter der NSB, Wolter, zu drei Jahren drei Monaten Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust.

Die Verurteilten hatten sich wegen Untreue und Unterschlagungen am Winterhilfswerk 1933/34 zu verantworten. Die Schwere der Strafen war bedingt durch die Tatsache, daß es sich um Gelder des Winterhilfswerkes handelte. Als eigentlicher Urheber der Gefährdung war Wolter anzusehen, der Hagemann veranlaßte, ihm ein Darlehen von 350 Reichsmark auszugeben und diesen Betrag nicht zu buchen. Riens ließ sich für die Radikal-Spiele in Göttingen ein Darlehen von 2500 Reichsmark geben, über das nicht quittiert und das nicht verbucht wurde. Ferner konnte Hagemann keine Auskunft über den Verbleib von 3000 Reichsmark geben und schließlich hat er 750 Reichsmark durch doppelte Quittungen unterschlagen. Die zum Nachteil des Winterhilfswerkes vorgenommenen Veruntreuungen haben so mit ihrer gerechten Sühne gefunden. Die dem Winterhilfswerk 1933/34 durch Hagemann entzogenen Gelder werden dem Winterhilfswerk 1934/35 zur Verfügung gestellt werden.

150 Todesopfer der Pest.

DNB München, 3. Oktober.

In der Stadt Runan in der Mandshurei ist die Pest ausgebrochen. Nach den bisherigen Meldungen sind mehr als 150 Todesopfer zu verzeichnen. In der 12 000 Einwohner zählenden Stadt herrscht fürchterliche Panik. Zahlreiche Einwohner verlassen die Stadt zu verlassen. Die mandshurischen Sanitätsbehörden haben Maßnahmen getroffen, um eine Verschleppung der Krankheit zu verhindern.

Dom Multimillionär zum Großbetrüger.

143 Millionen Dollar unterschlagen.

Chicago, 3. Oktober.

Der Prozeß gegen den 64jährigen „Elettricitätskönig“ Samuel Insull hat gestern begonnen. Im Verlaufe der Verhandlungen, die wahrscheinlich drei Monate dauern werden, müssen über 200 Zeugen vernommen werden. Außerdem muß das Gericht durch Sachverständige die Bilanzen und Geschäftsführer von insgesamt 34 Gesellschaften des Insull-Konzerns prüfen.

Insull, der wegen Veruntreuung von insgesamt 143 Millionen Dollar angeklagt ist, steht mit 16 seiner Direktoren und Aufsichtsratsvorsitzenden vor Gericht.

Ihnen allen wird zur Last gelegt, durch strafbare Manipulationen die Investoren der verschiedenen Insull-Gesellschaften um die genannte Summe geködert zu haben. Die Höchststrafe, die der Hauptangeklagte Insull erhalten kann, beträgt 125 Jahre Gefängnis und 250 000 Dollar Geldstrafe. Unter den Mitangeklagten befinden sich unter anderen sein Sohn und der Direktor des Fiedl-Museums für Geschichtsforschung, Stanley Fiedl.

Kurz vor Prozeßbeginn hat Insull noch einmal erklärt, daß er völlig mittellos sei. Sein gesamtes, riesiges Vermögen, sowie auch die Unvermögen seiner Frau habe er im Jahre 1932 in seine Unternehmungen hineingegeben, um den drohenden Zusammenbruch seines Trusts aufzuhalten.

Kurz nach Eröffnung des ersten Verhandlungstages ergriff Insull im Namen seiner 16 Mitangeklagten das

Wort zu einigen kurzen Ausführungen, in denen er sich gegen die Anschuldigung, 143 Millionen Dollar unterschlagen zu haben, verteidigte.

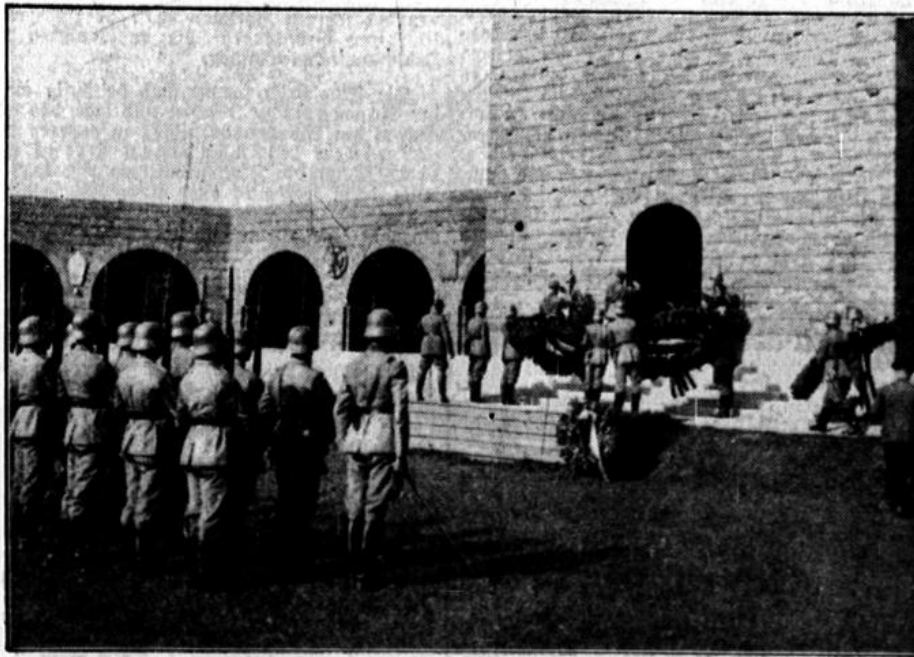
„Ich habe bereits früher wieder und wieder gesagt“, sagte er unter anderem, „daß man mit keine Verfehlungen nachweisen kann, daß ich Fehler gemacht habe, gebe ich zu, aber ich frage, welcher Geschäftsmann hat keine Fehler in dem furchtbaren Krisenjahr 1929 sich zuschulden kommen lassen. Ich weiß nicht einmal, ob man das Schuld nennen kann. Der wirtschaftliche Absturz aus der Prosperität in die Depression kam zu schnell und zu unerwartet. Ich habe nie mehr als einen Cent von dem Geld angelehnt, das anderen Leuten gehört hat.“ In Beantwortung einiger an ihn gestellten Fragen erwiderte Insull, daß seine Gesundheit und sein Verstand ganz ausgezeichnet seien. „Ich fühle mich nicht so sehr den Ausgang dieses Prozesses, sondern nur die große Länge der Verhandlungsbauer.“

Der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt White Green, umriß noch einmal den Inhalt der sehr umfangreichen Anklageschrift und erklärte:

Die Veruntreuungen hätten erwiesen, daß Insull 143 Millionen Dollar an Aktien habe verkaufen lassen und die Käufer dadurch eingetäuscht habe, daß er ihnen in seinen Prospekten 6 bis 8 v. H. Dividende versprochen habe, obwohl alle seine Gesellschaften bereits mit Verlust gearbeitet hätten.

Das Publikum, das den großen Sitzungssaal bis auf den letzten Platz füllte, folgte mit gespanntester Aufmerksamkeit der Befragung des weit bekannten und von vielen sehr geachteten ehemaligen Multimillionärs.

Ehrenwache am Marschallsturm.



Am Geburtstag des Reichspräsidenten von Hindenburg war am Ehrenmal in Tannenberg eine Ehrenkompanie angetreten, die präzidierte, als Generalleutnant von Brauchitsch im Auftrage des Führers und Reichstagspräsidenten einen Kranz am Sarge des Reichspräsidenten niederlegte.

1

